

Nur 27.000 neue Sozialwohnungen im Jahr 2018

Gerade in der momentanen Zeit wäre der soziale Wohnungsbau besonders wichtig, denn der Preisanstieg sorgt bereits in vielen Großstädten für massive Probleme bei der Wohnungssuche im bezahlbaren Sektor. Trotz Milliarden-Förderung des Bundes verharrt der soziale Wohnungsbau in Deutschland aber auf niedrigem Niveau. Das geht aus einem Bericht des Bundesbauministeriums hervor. Danach wurden im vergangenen Jahr bundesweit 27.040 geförderte Sozialwohnungen neu gebaut. Das sind nur 809 Wohnungen mehr als 2017. Die rund 27.000 neuen Wohnungen verteilen sich regional zudem sehr unterschiedlich: In Sachsen-Anhalt wurden gerade einmal 20 neue Sozialwohnungen gefördert, im Saarland war es keine einzige. In Bayern und Nordrhein-Westfalen waren es hingegen jeweils mehr als 6.000 neue Wohnungen.

Für die Wohnraumförderung hatte der Bund den Ländern im vergangenen Jahr erneut rund 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.



Das massenhafte Töten von Eintagsküken bleibt erlaubt. Das ist die zentrale Botschaft des Bundesverwaltungsgerichts in seinem aktuellen Urteil. 45 Millionen männliche Tiere werden jedes Jahr in Deutschland getötet, erstickt, geschreddert und zu Tierfutter weiterverarbeitet, weil ihre Aufzucht unrentabel wäre. Sie taugen nicht als Masthähne, denn ihre Rasse wurde eigens gezüchtet, um viele Eier zu legen. Der Tierschutz ist seit 2002 als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Und das Tierschutzgesetz verbietet es, Tiere ohne "vernünftigen Grund" zu töten. Da jedoch das wirtschaftliche Interesse dem Tierschutz leider oftmals überwiegt, wird es auch weiterhin das Schreddern von Küken geben.

Burkini-Verbot von Gericht im Eilverfahren gekippt

Koblenz hatte das Burkini-Verbot Anfang des Jahres beschlossen. Der Koblenzer Stadtrat hatte mit knapper Mehrheit entschieden, dass Badegäste nur den Besuch in Badehose, Badeanzug oder Bikini erlaubt. Bei Burkinis sei die Kontrolle auf offene Wunden, Ausschläge und anstoß-erregende Krankheiten unmöglich. Die Anfang 2019 in Kraft getretene sinnvolle und notwendige neue Badeordnung hatte überregional für Aufsehen bei den Gutmenschen gesorgt. Das rheinland-pfälzische Obergericht hat das Koblenzer Burkini-Verbot für städtische Schwimmbäder vorläufig gekippt. Das entsprechende Verbot in der Badeordnung verstoße gegen das verfassungsrechtliche Gleichbehandlungsgebot, entschied das Gericht in einem Eilverfahren.

Damit dürfe die klagende Muslimin ab sofort wieder im Burkini - ein Ganzkörper-Badeanzug - ins Wasser der städtischen Schwimmbäder steigen.

500 Asylbewerber kommen täglich über die Balkan-Route

Der Zuzug von Asylbewerbern und sogenannten "Flüchtlings" nach Deutschland hält unvermindert an, und er konzentriert sich wieder verstärkt auf die Balkan-Route. Das geht aus aktuellen Zahlen des Bundesamts für Migration und der Bundespolizei hervor, die an das Bundesinnenministerium geschickt wurde und inzwischen für bundesweites Entsetzen sorgen. Seit Januar sind 56.000 Asylbewerber neu registriert worden.

Der Großteil kommt aus Syrien, Afghanistan, Somalia sowie weiteren afrikanischen Ländern. Zwei Drittel reisen über die Balkan-Route über die Türkei nach Bulgarien ein. Hauptziel ist Deutschland. Sollte die Entwicklung konstant bleiben, würden im laufenden Jahr 180.000 neue Asylbewerber in Deutschland ankommen,

alleine über die Balkan-Route. Das wären etwa so viel wie 2018 und noch im Rahmen dessen, was Union und SPD als jährliche Obergrenze festgelegt haben. In den vergangenen Wochen hat sich der Zuzug nach Europa im Vergleich zum Vorjahr sogar erhöht. Die meisten Asylantragsteller haben nach Stationen in anderen Ländern dann später das Hauptziel Deutschland. EU-weit hatten bis Ende Mai fast 250.000 Menschen einen Asylantrag gestellt, 15 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die Landgrenze zwischen der Türkei und Bulgarien sei „die neue Lieblingsroute“ für Zuwanderer aus Ostafrika, hieß es. Offenbar ist in dieser Region der Zugang zur EU am einfachsten. Auf dem Höhepunkt der Asylkrise kamen 2015 täglich Tausende Asylantragsteller von der Türkei

über den Seeweg nach Griechenland und zogen dann weiter nach Deutschland. Mit den Grenzschließungen auf dem Balkan und dem Türkei-EU-Abkommen, das Asylsuchende von dem Weg über die Ägäis abhalten soll, konnten die Zahlen reduziert werden. Seither galt die Balkan-Route eigentlich als geschlossen.

Offenbar ist dem aber nicht so und erschwerend kommt hinzu, dass es vermutlich auch eine hohe Anzahl von Asylbewerbern gibt, die auf dem Luftweg nach Deutschland kommen. Eine genaue Zahl ist hier nicht bekannt und gilt als geheime Verschlussache. Die Gründe hierfür dürften mit wenig Fantasie erklärbar sein, denn medial wird seit Monaten immer von einem angeblichen Rückgang berichtet.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Sexuelle Übergriffe im Tagesrhythmus

Die Vergewaltigungen und Übergriffe abreißen nicht ab und nun wurde eine Frau im Düsseldorfer Hofgarten Opfer von zwei oder drei nordafrikanischen Männern. Die vermeintliche Herkunft der Täter wird von anderen Medien teilweise verschwiegen. Nach Angaben der Polizei war das 51-jährige Opfer in Begleitung einer anderen Frau gegen 4.45 Uhr im Düsseldorfer Hofgarten unterwegs. Dort wurde die Frau von zwei bis drei Männern angesprochen. Anschließend kam es zu der Vergewaltigung und nach der Tat noch zum Raub.

Während in Düsseldorf noch nach den Tätern gefahndet wird, stehen in Amberg andere schon vor Gericht. Fünf afghanische Asylbewerber sollen eine 15-jährige deutsche Schülerin zu verschiedenen Zeitpunkten insgesamt dreimal vergewaltigt haben. Die Angeklagten sollen die Minderjährige in ein Asylantenheim gelockt und dann mit Drogen willenlos gemacht haben. Unter Ausnutzung dieser Situation sollen dann die Missbräuche erfolgt sein. Noch am selben Abend will nach eigenen Angaben ein dritter Angeklagter ebenfalls das Kind missbraucht haben. Passanten fanden die Schülerin später bewusstlos auf und brachten sie in die Kinderklinik. Um ihr eine Aussage zu ersparen, drängte die Richterin das angeklagte Trio eindringlich zu einem Geständnis, was aber nicht bei allen Angeklagten fruchtete.

Ein Angeklagter wurde wegen Vergewaltigung und Körperverletzung zu zwei Jahren und drei Monaten Jugendstrafe verurteilt, sein Komplize wegen Vergewaltigung und vorsätzlicher Körperverletzung zu einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung. Auch hier wurde wieder milde geurteilt. Gegen zwei weitere Afghanen (20), die das Kind schon im Winter 2018 missbraucht haben sollen, wird noch ermittelt.

Ein weiterer Afrikaner soll Pfingsten am helllichten Tage in Dessau-Roßlau ein 9-jähriges Mädchen missbraucht haben. Der Festgenommene ist ein schon wegen ähnlicher Delikte auffällig gewordener abgelehnter Asylbewerber aus Niger, der trotzdem geduldet war. Gegen den festgenommenen 27-jährigen wurde schon wegen ähnlicher Delikte ermittelt. Daher sorgte die Straftat für große Aufregung, da sie bei einem konsequenten Vorgehen der Justiz und dem Vollzug der Abschiebung nach einer Ablehnung des Asylantrags hätte vermieden werden können.

Eine Ex-Volkspartei rutscht in Bodenlose

Die SPD befindet sich im freien Fall und nähert sich dem einstelligen Bereich. Offenbar brauchen in Deutschland immer weniger Menschen die Spezialdemokraten und ihre verwässerte Sozialpolitik. In aktuellen Umfragen fällt die Partei auf den tiefsten Wert seit 1949. Im RTL Trendbarometer verliert sie gegenüber der Vorwoche sogar noch einen Punkt und sackt auf elf Prozent ab. Damit liegt die Partei nur noch knapp vor der FDP und den Linken.

Deutlich schlimmer ist hingegen, dass die Grünen mit 27 Prozent derzeit die stärkste politische Kraft Deutschlands sind und auch nach der Europawahl ihren Abstand zur CDU langsam ausbauen. Ob es Naivität oder Verzweiflung einiger Wähler ist, lässt sich mit Vernunft kaum begründen. Eine Veränderung zum Vorteil unseres Landes wird sich mit dieser Partei aber sicherlich

Stickstoff-Werte verbessern sich in vielen Städten

Die Belastung der Luft durch Abgase geht weiter zurück. Es reicht aber noch nicht überall aus, um die strengen EU-Grenzwerte einzuhalten und Fahrverbote auszuschließen. Die Luftverschmutzung ist trotz weiterer Verbesserungen 2018 noch in 57 deutschen Städten zu hoch gewesen. Der EU-Grenzwert für gesundheitsschädliches Stickstoffdioxid (NO₂) wurde damit in acht Städten weniger überschritten als im Jahr zuvor mit 65 Städten, wie das Umweltbundesamt (UBA) mitteilt.

Ihre Unterschrift

MITGLIED WERDEN!

Unterschrift

für unsere Zukunft >

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

**Spenden für
 Deutschland >**


Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de
[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)
 Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

 Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

 Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.